

Stiftungsrecht: StiftR

Kommentar

Bearbeitet von

Von Prof. Dr. Dr. Christoph Stumpf, Rechtsanwalt, Prof. Dr. Joachim Suerbaum, Prof. Dr. Martin Schulte,
und Dr. Rudolf Pauli, Rechtsanwalt und Steuerberater

3. Auflage 2018. Buch. XXXIV, 888 S. In Leinen

ISBN 978 3 406 72103 8

Format (B x L): 12,8 x 19,4 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Gesellschaftsrecht > Stiftungsrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei

The logo for beck-shop.de features the text "beck-shop.de" in a bold, red, sans-serif font. Above the "i" in "shop" are three red dots of increasing size. Below the main text, the words "DIE FACHBUCHHANDLUNG" are written in a smaller, red, all-caps, sans-serif font.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Stumpf / Suerbaum / Schulte / Pauli
Stiftungsrecht – Kommentar



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Stiftungsrecht

Kommentar

von

Christoph Stumpf

Dr. jur., DPhil., apl. Professor an
der Universität Halle-Wittenberg,
Rechtsanwalt in Hamburg

Joachim Suerbaum

Dr. jur., Professor an der
Universität Würzburg

Martin Schulte

Dr. jur., Professor an der
Technischen Universität Dresden

Rudolf Pauli

Dr. jur., Rechtsanwalt und
Steuerberater in München

3., aktualisierte und überarbeitete Auflage 2018

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Es haben bearbeitet

Christoph Stumpf:

Teil A (Einleitung, Abschn. I–IV und VI),
Teil B (Stiftungsprivatrecht) außer: § 87 BGB Abschn. III

Joachim Suerbaum:

Teil B (Stiftungsprivatrecht) § 87 BGB Abschn. III,
Teil C (Landesstiftungsrecht)

Martin Schulte:

Teil A (Einleitung, Abschn. V),
Teil D (Kirchliches Stiftungsrecht)

Rudolf Pauli:

Teil E (Stiftungssteuerrecht),
Teil F (Rechnungslegung, Publizität, Mitbestimmung, Konzernverbund)


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72103 8

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Wustermark
Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 3. Auflage

Die Institution der Stiftung hat eine rechtsgeschichtliche Tradition, die noch in die Antike zurückweist. Zugleich erfreuen sich aber Stiftungen seit der jüngsten Novellierung des Stiftungssteuerrechts und des Stiftungsprivatrechts einer noch nie zuvor da gewesenen Beliebtheit. Immerhin hat sich allein seit 2000 die Zahl der Stiftungen in Deutschland verdreifacht. Keine andere Rechtsform des deutschen Rechts weist ein vergleichbares Sozialprestige auf; kaum eine andere Rechtsform erlaubt eine ähnliche Gestaltungsfreiheit.

Das deutsche Stiftungsrecht weist ein dichtes Geflecht zwischen Privat-, Verwaltungs-, Steuer- und teilweise auch dem Kirchenrecht auf. Für den Rechtswender wird dies häufig zum Problem: Die relevanten Normen des Stiftungsrechts sind über zahlreiche Einzelgesetze verstreut, vom BGB über sechzehn verschiedene Landesstiftungsgesetze und zahlreiche einzelne Steuergesetze bis hin zu den einschlägigen kirchenrechtlichen Normen.

Der Kommentar will hier dem Rechtswender eine Verständnis- und Arbeitshilfe an die Hand geben, indem die wichtigsten Normen aus allen einschlägigen Gebieten des Stiftungsrechts erläutert werden. Die Kommentierungen orientieren sich daher in erster Linie am „gelebten Stiftungsrecht“ in der Rechtsprechung sowie der Behörden- und Beratungspraxis. Dies beruht auf der Einsicht, dass die schönste Theorie nichts nützt, wenn sie nicht auch Widerhall im wahren Leben findet. Zugleich soll hiermit aber auch ein Beitrag für die wissenschaftliche Diskussion des Stiftungsrechts geleistet werden. Daher befassen sich die Kommentierungen natürlich auch mit den vielfältigen Stimmen der Stiftungsrechtswissenschaft, zumal auch die praktische Jurisprudenz nicht ohne eine wissenschaftliche Vergewisserung auskommt.

Die Autoren danken zahlreichen Helfern, die zur Entstehung dieses Werkes beigetragen haben. Dies gilt insbesondere für ihre Mitarbeiter, unter anderem Frau Frauke Schröder (Hamburg), Herrn Levin Krüger (Würzburg), Herrn Bert Herbrich (Dresden) sowie Frau Angelika Pauli (München). Dank schulden die Autoren auch dem Verlag C. H. Beck und hier insbesondere Herrn Dr. Frank Lang in München für die Betreuung der Herausgabe. Dankbar sind die Autoren für jede Anregung und Verbesserungsvorschläge aus dem Kreis der Leser.

Hamburg, Würzburg, Dresden, München, im Juni 2018

*Christoph Stumpf
Joachim Suerbaum
Martin Schulte
Rudolf Pauli*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXXI

A. Einleitung

B. Stiftungsprivatrecht

Vorbemerkung	29
Bürgerliches Gesetzbuch	50

C. Landesstiftungsrecht

I. Landesstiftungsrecht als Quelle des Stiftungsrechts	157
II. Anwendungs- und Regelungsbereiche der Landesstiftungsgesetze	164
III. Zuständigkeitsregelungen	167
IV. Regelungen hinsichtlich der Anerkennung von Stiftungen	170
V. Landesrechtliche Ergänzungen des Stiftungszivilrechts im BGB hinsichtlich der entstandenen Stiftung	177
VI. Stiftungsverzeichnisse und sonstige stiftungsrechtliche Publizitätsregelungen ...	201
VII. Stiftungsaufsicht	209
VIII. Sonderregelungen für bestimmte Stiftungstypen	264
IX. Stiftungen des öffentlichen Rechts	267
X. Landesstiftungsgesetze	276

D. Kirchliches Stiftungsrecht

I. Vorbemerkung	382
II. Vorschriften des staatlichen Rechts	384
III. Vorschriften des kirchlichen Rechts	437
IV. Ausblick	473
V. Ausgewählte Beispiele des Partikularrechts der christlichen Kirchen	477

E. Stiftungssteuerrecht

Vorbemerkung	513
Abgabenordnung (AO)	535
Anwendungserlass zur Abgabenordnung (AEAO)	656
Einkommensteuergesetz (EStG)	713
Körperschaftsteuergesetz (KStG)	750
Anhang: Körperschaftsteuerrechtliche Sonderfragen	780
Gewerbesteuergesetz (GewStG)	781
Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG)	787
Außensteuergesetz	844

F. Rechnungslegung, Publizität, Mitbestimmung, Konzernverbund

Stichwortverzeichnis	869
-----------------------------------	-----


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Allgemeines Literaturverzeichnis	XXXI

A. Einleitung

I. Geschichte des Stiftungsrechts	9
1. Antike	9
2. Nach dem Ende des Römischen Reiches	9
3. Mittelalter	10
4. Aufklärung	10
5. 19. Jahrhundert	10
6. Inkrafttreten des BGB	11
7. Stiftungen unter dem Grundgesetz	11
8. Stiftungen nach 2000	11
II. Grundbegriffe des Stiftungswesens	12
1. Rechtsfähige Stiftung des Privatrechts	12
2. Unselbstständige Stiftung	12
3. Stiftung des öffentlichen Rechts	12
4. Kirchliche Stiftung	13
5. Kommunale Stiftung	13
6. Gemeinnützige Stiftung	13
7. Familienstiftung	14
8. Unternehmensstiftung	14
9. Bürgerstiftung	14
10. Ersatzformen	15
III. Konzeption des Stiftungsrechts	15
1. Stiftungsprivatrecht	15
2. Stiftungsverwaltungsrecht	16
3. Stiftungssteuerrecht	16
4. Stiftungskirchenrecht	16
IV. Verfassungsrechtliche Rahmenbedingungen für das Stiftungsrecht	16
1. Gesetzgebungskompetenz	17
2. Grundrechtsgewährleistungen	19
V. Die Europäische Stiftung de lege ferenda	22
VI. Stiftungsrecht im internationalen Vergleich	25
1. Germanischer Rechtskreis	26
2. Romanischer Rechtskreis	27
3. Skandinavischer Rechtskreis und Niederlande	28
4. Angelsächsischer Rechtskreis	28

B. Stiftungsprivatrecht

Vorbemerkung	29
I. Regelungsgegenstand des Stiftungsprivatrechts	35
1. Stiftungsbegriff	36
2. Abgrenzung von anderen Stiftungstypen	40
II. Stiftungsprivatrecht im Regulationssystem des Stiftungssystems	42
III. Reform des Stiftungsprivatrechts	44
IV. Altrechtliche Stiftungen	45
V. Unselbstständige Stiftungen des Privatrechts	46
1. Begriff	47
2. Rechtlicher Rahmen	48

Inhaltsverzeichnis

3. Beendigung	48
Bürgerliches Gesetzbuch	50
§ 80 Entstehung einer rechtsfähigen Stiftung	50
I. Regelungsinhalt	51
II. Stiftungsgeschäft	52
1. Begriff	52
2. Inhalt	57
III. Anerkennung der Stiftung	60
1. Rechtsnatur der Anerkennung	61
2. Voraussetzungen für die Anerkennung	62
3. Verfahren	72
4. Rechtslage vor Stiftungsanerkennung	73
5. Fehlerhafte Stiftung	74
6. Zustiftung	74
IV. Kirchliche Stiftungen	74
V. Unselbständige Stiftungen	75
1. Rechtsgeschäftliche Grundlagen	76
2. Beteiligte	78
3. Stiftungsvermögen	81
4. Stiftungszweck	81
5. Organisation	81
6. Beaufsichtigung	82
§ 81 Stiftungsgeschäft	82
I. Regelungsinhalt	84
II. Formerfordernis	84
III. Vermögenswidmung	86
IV. Stiftungssatzung	87
1. Name	87
2. Sitz	88
3. Zweck	90
4. Vermögen	91
5. Organe	92
6. Schiedsgericht	93
7. Weitere Regelungsgegenstände	93
V. Stiftungsaufsicht und Änderung des Stiftungsgeschäfts	94
VI. Widerruf des Stiftungsgeschäfts	95
1. Widerruf des Stiftungsgeschäfts unter Lebenden	95
2. Widerruf des Stiftungsgeschäfts von Todes wegen	96
VII. Unselbständige Stiftung	96
1. Form	97
2. Inhalt des Stiftungsgeschäfts	97
3. Beendigung der unselbständigen Stiftung	99
§ 82 Übertragungspflicht des Stifters	100
I. Regelungsinhalt	101
II. Vermögensübertragung an die Stiftung	101
1. Separater Übertragungsakt	102
2. Übergang ipso jure	102
3. Erbrechtliche Konsequenzen der Übertragungspflicht	103
III. Haftung des Stifters	104
1. Maßgeblicher Zeitpunkt	104
2. Haftungsmaßstab	105
IV. Unselbständige Stiftung	106
1. Vermögensübertragung	106
2. Haftung	106
§ 83 Stiftung von Todes wegen	107
I. Regelungsinhalt	107

II. Errichtung der Stiftung von Todes wegen	108
1. Stiftung aufgrund Erbeinsetzung	109
2. Stiftung aufgrund Vermächtnis	110
3. Stiftung aufgrund von Auflage	110
III. Beantragung der Anerkennung der Stiftung	111
IV. Mängel des Stiftungsgeschäfts	111
V. Sitz der Stiftung	112
VI. Unselbständige Stiftung	113
§ 84 Anerkennung nach Tod des Stifters	113
I. Regelungsinhalt	113
II. Voraussetzungen der Fiktion	113
III. Rechtsfolgen der Fiktion	114
IV. Scheitern der Anerkennung	115
V. Unselbständige Stiftung	115
§ 85 Stiftungsverfassung	115
I. Regelungsinhalt	116
II. Anforderungen an die Stiftungsverfassung	118
1. Notwendige Regelungen in der Stiftungsverfassung	118
2. Mögliche Regelungen in der Stiftungsverfassung	118
III. Rechtsstellung von Destinatären	122
1. Rechtliche Rahmenbedingungen	122
2. Begründung der Destinatärsstellung	124
3. Rechtsnatur von Ansprüchen auf Stiftungsleistungen	124
4. Durchsetzung von Ansprüchen auf Stiftungsleistungen	125
IV. Änderung der Stiftungssatzung	125
1. Regelungen über die Änderung der Stiftungssatzung	126
2. Grenzen hinsichtlich der Änderungsmöglichkeiten	126
3. Mitwirkung der Stiftungsaufsicht	128
V. Unselbständige Stiftung	128
1. Verfassung der unselbständigen Stiftung	128
2. Änderung des Stiftungsgeschäfts	129
3. Stellung von Destinatären	129
§ 86 Anwendung des Vereinsrechts	129
I. Regelungsinhalt	130
II. Vertretung durch den Vorstand; Vertretung (§ 26 BGB)	131
1. Bestellung	132
2. Vorstand als gesetzlicher Vertreter	133
III. Geschäftsführung des Vorstands (§ 27 Abs. 3 BGB)	134
IV. Beschlussfassung (§ 28 BGB)	135
V. Notbestellung des Vorstands (§ 29 BGB)	135
VI. Besondere Vertreter (§ 30 BGB)	137
VII. Haftung der Stiftung für Organe (§ 31 BGB)	137
VIII. Haftung von Organmitgliedern und besonderen Vertretern (§ 31a BGB)	138
IX. Insolvenz der Stiftung (§ 42 BGB)	139
X. Stiftung unter Verwaltung einer Behörde	140
XI. Unselbständige Stiftung	141
1. Vertretung	141
2. Geschäftsführung	141
3. Haftung	141
4. Insolvenz	141
§ 87 Zweckänderung; Aufhebung	141
I. Regelungsinhalt	142
II. Voraussetzungen für Eingriffsmaßnahmen der Stiftungsaufsicht	144
1. Unmöglichkeit	144
2. Gemeinwohlgefährdung	145
III. Maßnahmen der Stiftungsaufsicht	146

Inhaltsverzeichnis

§ 88 Vermögensanfall	149
I. Regelungsinhalt	150
II. Voraussetzungen für das Erlöschen der Stiftung	150
III. Folgen des Erlöschens einer Stiftung	151
1. Vermögensanfall	151
2. Liquidation	152
IV. Unselbständige Stiftung	153
 C. Landesstiftungsrecht	
I. Landesstiftungsrecht als Quelle des Stiftungsrechts	157
1. Einführung	157
2. Kompetenzielle Grenzen landesautonomer Regelung	158
3. Entwicklung der Landesstiftungsgesetze	160
4. Übersicht über die geltenden Landesstiftungsgesetze und Spezialschrifttum	162
II. Anwendungs- und Regelungsbereiche der Landesstiftungsgesetze	164
1. Anwendungsbereich der Landesstiftungsgesetze	165
2. Thematische Regelungsbereiche der Landesstiftungsgesetze	166
III. Zuständigkeitsregelungen	167
1. Systematik und Überblick	167
2. Zuständigkeitsregelungen der einzelnen Länder	168
IV. Regelungen hinsichtlich der Anerkennung von Stiftungen	170
1. Einführung	170
2. Verfahrensrechtliche Regelungen	171
3. Regelungen zu materiellen Anerkennungsvoraussetzungen	172
4. Aufhebung der Anerkennung [Genehmigung]	173
5. Rechtsschutz	175
V. Landesrechtliche Ergänzungen des Stiftungsprivatrechts im BGB hinsichtlich der entstandenen Stiftung	177
1. Einführung und Überblick	178
2. Landesrechtliche Regelungen betreffend die Stiftungssatzung	178
3. Landesrechtliche Regelungen zu Stiftungsverwaltung und Stiftungsvermögen	185
4. Verbrauchsstiftung und Stiftung auf Zeit	187
5. Vermögensanfall	194
6. Regelungen zum Haftungsmaßstab	196
7. Bewehrung stiftungsrechtlicher Pflichten durch Ordnungswidrigkeiten	200
VI. Stiftungsverzeichnisse und sonstige stiftungsrechtliche Publizitätsregelungen	201
1. Einführung	201
2. Stiftungsverzeichnisse nach Landesrecht	203
3. Vertretungsbescheinigungen	208
VII. Stiftungsaufsicht	209
1. Einführung und Überblick	210
2. Grundlagen und Grundsätze der Stiftungsaufsicht	211
3. Aufsichtsmittel	224
4. Rechtsschutz	260
VIII. Sonderregelungen für bestimmte Stiftungstypen	264
1. Landesgesetzliche Sonderregelungen über kirchliche Stiftungen	265
2. Landesgesetzliche Sonderregelungen über kommunale oder örtliche Stiftungen	265
IX. Stiftungen des öffentlichen Rechts	267
1. Begriffsbestimmung	268
2. Rechtsgrundlagen	269
3. Inhalt der Regelungen in den Landesstiftungsgesetzen	271
X. Landesstiftungsgesetze	276
1. Baden-Württemberg Stiftungsgesetz für Baden-Württemberg (StiftG)	277
2. Bayern Bayerisches Stiftungsgesetz (BayStG)	289

Inhaltsverzeichnis

3. Berlin Berliner Stiftungsgesetz (StiftG Bln)	298
4. Brandenburg Stiftungsgesetz für das Land Brandenburg (StiftGBbg)	302
5. Bremen Bremisches Stiftungsgesetz (BremStiftG)	307
6. Hamburg Hamburgisches Stiftungsgesetz	313
7. Hessen Hessisches Stiftungsgesetz	317
8. Mecklenburg-Vorpommern Stiftungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Landesstiftungsgesetz – StiftG M-V)	324
9. Niedersachsen Niedersächsisches Stiftungsgesetz (NStiftG)	328
10. Nordrhein-Westfalen Stiftungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (StiftG NRW)	334
11. Rheinland-Pfalz Landesstiftungsgesetz (LStiftG)	340
12. Saarland Saarländisches Stiftungsgesetz	346
13. Sachsen Sächsisches Stiftungsgesetz (SächsStiftG)	351
14. Sachsen-Anhalt Stiftungsgesetz Sachsen-Anhalt (StiftG LSA)	357
15. Schleswig-Holstein Gesetz über rechtsfähige Stiftungen des bürgerlichen Rechts (Stiftungsgesetz – StiftG)	364
16. Thüringen Thüringer Stiftungsgesetz (ThürStiftG)	372
D. Kirchliches Stiftungsrecht	
I. Vorbemerkung	382
II. Vorschriften des staatlichen Rechts	384
1. Verfassungsrechtliche Bestimmungen	384
2. Staatskirchenverträge/Konkordate	390
3. § 80 Abs. 3 BGB	393
4. Landesstiftungsgesetze	397
III. Vorschriften des kirchlichen Rechts	437
1. Das Stiftungsrecht der katholischen Kirche	437
2. Das Stiftungsrecht der evangelischen Kirche	464
3. Das Stiftungsrecht sonstiger Religionsgemeinschaften	466
IV. Ausblick	473
V. Ausgewählte Beispiele des Partikularrechts der christlichen Kirchen	477
1. Stiftungsordnung für das Erzbistum Köln (StiftO EBK)	477
2. Novellierung der Ordnung für rechtsfähige kirchliche Stiftungen in der Diözese Rottenburg-Stuttgart – Stiftungsordnung (StiftO) –	482
3. Satzung der Stiftung Liebenau	491
4. Kirchengesetz über rechtsfähige Evangelische Stiftungen des bürgerlichen Rechts (Stiftungsgesetz EKvW – StiftG EKvW)	498
5. Kirchengesetz über die kirchlichen Stiftungen (Kirchliches Stiftungsgesetz – KirchlStG)	501
E. Stiftungssteuerrecht	
Vorbemerkung	513
I. Regelungsgegenstand des Stiftungssteuerrechts	516
1. Gesetzliche Grundlagen und Begriff	516
2. Gemeinnützigkeitsrecht als Kernpunkt des Stiftungssteuerrechts	516
3. Entwicklung des Stiftungssteuerrechts	517
II. Normzweck des Stiftungssteuerrechts	519
III. Rechtsformen gemeinnützigen Handelns	520
1. Überblick	520
2. Abgrenzungsfragen	521
IV. Steuerrechtliche Grundsätze des Stiftungssteuerrechts (Gemeinnützigkeit)	524
1. Förderung der Allgemeinheit	525
2. Verfolgung steuerbegünstigter Zwecke	525
3. Ausschließlichkeit	526
4. Unmittelbarkeit	526
5. Selbstlosigkeit	526

Inhaltsverzeichnis

6. Zeitnahe Mittelverwendung	527
7. Vermögensbindung	528
8. Formelle Satzungsmäßigkeit	528
9. Tatsächliche Geschäftsführung	529
10. Tätigkeitsbereiche	530
11. Verfahrensfragen	532
Abgabenordnung (AO)	535
§ 51 Allgemeines	535
I. Allgemeines	536
1. Inhalt	536
2. Voraussetzungen und Zweck	537
3. Folgen	538
II. Steuerbegünstigte Zwecke	538
III. Körperschaften	538
IV. Funktionale und regionale Untergliederungen	540
V. Verfahrensfragen	541
1. Anerkennung	541
2. Veranlagung	542
3. Aberkennung	542
VI. Zweckverwirklichung im Ausland	543
VII. Verbot verfassungswidriger Aktivitäten	544
§ 52 Gemeinnützige Zwecke	545
I. Aktuelle Entwicklung	547
II. Förderung der Allgemeinheit	548
1. Allgemeines	548
2. Aufnahmegebühren, Mitgliedsbeiträge, Investitionsumlagen	549
3. Öffnungsklausel	549
III. Einzelne gemeinnützige Zwecke	549
1. Wissenschaft und Forschung	549
2. Religion	549
3. Öffentliches Gesundheitswesen und öffentliche Gesundheitspflege	550
4. Jugend- und Altenhilfe	551
5. Kunst und Kultur	552
6. Denkmalschutz und Denkmalpflege	552
7. Erziehung, Volks- und Berufsbildung	552
8. Naturschutz, Landschaftspflege, Umweltschutz	553
9. Wohlfahrtswesen	554
10. Hilfe für Verfolgte, Flüchtlinge, Vertriebene etc.	554
11. Rettung aus Lebensgefahr	554
12. Feuer-, Arbeits-, Katastrophen- und Zivilschutz sowie Unfallverhütung	554
13. Internationale Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und Völkerverständigungsgedanke	555
14. Tierschutz	555
15. Entwicklungszusammenarbeit	555
16. Verbraucherberatung und Verbraucherschutz	556
17. Fürsorge für Strafgefangene und ehemalige Strafgefangene	556
18. Gleichberechtigung von Frauen und Männern	556
19. Schutz von Ehe und Familie	556
20. Kriminalprävention	556
21. Sport	556
22. Heimatpflege und Heimatkunde	557
23. Sonstige gemeinnützige Zwecke (Tierzucht, Pflanzenzucht, Kleingärtnerei, traditionelles Brautum etc.)	557
24. Demokratisches Staatswesen	558
25. Bürgerschaftliches Engagement	558
§ 53 Mildtätige Zwecke	559

I. Allgemeines	560
II. Mildtätigkeit	560
§ 54 Kirchliche Zwecke	561
I. Inhalt und Zweck	562
II. Begünstigte und geförderte Subjekte	562
III. Kirchliche Zwecke	562
§ 55 Selbstlosigkeit	563
I. Allgemeines	565
II. Selbstlosigkeit	566
1. Mittelverwendung	568
2. Rückzahlungsverbot	571
3. Begünstigungsverbot	572
4. Vermögensbindung	573
5. Zeitnahe Mittelverwendungspflicht	573
III. Bewertungszeitpunkt	575
IV. Besonderheiten	575
§ 56 Ausschließlichkeit	576
I. Grundsatz	576
II. Ausnahmen	577
§ 57 Unmittelbarkeit	578
I. Grundsatz	578
II. Hilfspersonen	579
III. Ausnahmen	580
IV. Einzelfälle	580
V. Dachverbände (Abs. 2)	581
§ 58 Steuerlich unschädliche Betätigungen	582
I. Allgemeines	584
II. Einzelatbestände	585
§ 59 Voraussetzung der Steuervergünstigung	593
I. Allgemeines	593
II. Voraussetzungen	594
III. Verfahren	595
§ 60 Anforderungen an die Satzung	597
I. Allgemeines	597
II. Formelle Satzungsmaßigkeit	597
III. Beurteilungsmaßstab	599
§ 60a Feststellung der satzungsmäßigen Voraussetzungen	600
I. Vorbemerkung	601
1. Normzweck	601
2. Bisheriges Verfahren	601
II. Förmliches Feststellungsverfahren (Absatz 1)	602
III. Bindungswirkung	603
IV. Verfahrensgang (Abs. 2)	603
V. Wegfall der Bindungswirkung (Abs. 3)	605
VI. Aufhebung bei veränderten Verhältnissen (Abs. 4)	605
VII. Aufhebung wegen materieller Fehler (Abs. 5)	606
§ 61 Satzungsmäßige Vermögensbindung	606
I. Allgemeines	607
II. Vermögensbindung	607
III. Sanktion bei Verstoß	609
§ 62 Rücklagen und Vermögensbildung	610
I. Allgemeines	612
II. Grundlagen der Rücklagenbildung	612
III. Rücklagenarten	613
1. Zweckrücklagen	613
2. Wiederbeschaffungsrücklage (§ 62 Abs. 1 Nr. 2 AO)	614

Inhaltsverzeichnis

3. Freie Rücklage (§ 62 Abs. 1 Nr. 3 AO)	615
4. Kapitalerhaltungsrücklage (§ 62 Abs. 1 Nr. 4 AO)	616
IV. Rücklagenfristen (§ 62 Abs. 2 AO)	617
V. Vermögenszuführungen (§ 62 Abs. 3 AO)	617
1. Zuwendungen von Todes wegen	618
2. Ausstattungszuwendungen	618
3. Zuwendungen auf Grund Spendenaufwurf	619
4. Sachzuwendungen	619
VI. Vermögenszuführung für Stiftungen (Abs. 4)	619
VII. Mittelverwendungsrechnung	620
§ 62 aF Ausnahmen von der satzungsmäßigen Vermögensbindung	620
I. Allgemeines	620
II. Besonderheiten	621
§ 63 Anforderungen an die tatsächliche Geschäftsführung	621
I. Allgemeines	622
II. Inhalt	622
III. Beurteilungsmaßstab	624
IV. Zeitliche Anforderungen (Abs. 2)	625
V. Aufzeichnungspflicht (Abs. 3)	625
VI. Fristsetzung zur Mittelverwendung (Abs. 4)	627
VII. Fristen zur Ausstellung von Zuwendungsbestätigungen (Abs. 5)	627
§ 64 Steuerpflichtige wirtschaftliche Geschäftsbetriebe	628
I. Allgemeines	629
II. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	631
III. Zusammenrechnung	633
IV. Besteuerungsgrenze	634
V. Aufteilungsverbot	634
VI. Altmaterialeverwertung	635
VII. Pauschale Gewinnermittlung	636
§ 65 Zweckbetrieb	637
I. Allgemeines	637
II. Zweckverwirklichung	638
III. Zweckerfordernis	639
IV. Wettbewerbsvermeidung	640
§ 66 Wohlfahrtspflege	642
I. Begriff	642
II. Begünstigter Personenkreis	643
III. Spitzenverbände	643
§ 67 Krankenhäuser	644
Allgemeines	644
§ 67a Sportliche Veranstaltungen	646
I. Allgemeines	646
II. Zweckbetrieb infolge Einnahmegrenze	647
III. Option	648
IV. Zweckbetriebsvoraussetzungen bei Option	648
§ 68 Einzelne Zweckbetriebe	649
I. Allgemeines	651
II. Einzelfälle	651
Anwendungserlass zur Abgabenordnung(AEAO)	656
Einkommensteuergesetz (EStG)	713
§ 3 [Steuerfreie Einnahmen]	713
I. Rechtsentwicklung	715
II. Normzweck	715
III. Regelungsinhalt	716
IV. Ausgabenbegrenzung	718
§ 6 Bewertung	718

I. Allgemeines, Normzweck	719
II. Überlassung eines Wirtschaftsguts	719
III. Unentgeltlichkeit	720
IV. Empfängerkörperschaft	720
V. Verwendung für steuerbegünstigte Zwecke	721
VI. Bewertung von Sachspenden	721
VII. Nutzungen und Leistungen	722
§ 10b Steuerbegünstigte Zwecke	722
§ 50 (EStDV) Zuwendungsbestätigung	724
I. Aktuelle Gesetzesentwicklung	727
II. Inhalt, Normzweck und Abgrenzungsfragen	729
III. Begriff der Zuwendungen	730
IV. Abzugsmöglichkeiten	734
V. Grundstockspende	735
VI. Sachspenden	738
VII. Aufwandsspenden	739
VIII. Verfahrensfragen	740
IX. Haftung	741
§ 20 [Kapitalvermögen]	742
I. Normzweck	743
II. Inhalt	744
§ 22 Arten der sonstigen Einkünfte	745
I. Normzweck	746
II. Inhalt	746
III. Abgrenzungsfragen	747
§ 44a Abstandnahme vom Steuerabzug	747
Körperschaftsteuergesetz (KStG)	750
§ 1 Unbeschränkte Steuerpflicht	750
I. Allgemeines	751
II. Steuerpflicht	751
III. Beginn, Beendigung	753
1. Beginn	753
2. Beendigung	755
IV. Inlandsbezug	755
V. Welteinkommensprinzip	756
§ 3 Abgrenzung der Steuerpflicht bei nichtrechtsfähigen Personenvereinigungen und Vermögensmassen sowie bei Realgemeinden	756
I. Regelungsinhalt	756
II. Betroffene Rechtsformen	757
III. Subsidiarität	757
IV. Rechtsfolge	757
§ 5 Befreiungen	758
I. Allgemeines	759
II. Begünstigte Steuersubjekte	760
III. Voraussetzungen	760
1. Steuerbegünstigte Zwecke	760
2. Unmittelbarkeit	760
3. Ausschließlichkeit	761
4. Selbstlosigkeit	761
IV. Vermögensverwaltung	762
V. Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	762
VI. Folgen bei Wegfall der Gemeinnützigkeit	764
§ 8b Beteiligungen an anderen Körperschaften und Personenvereinigungen	765
I. Allgemeines	769
II. Regelungsinhalt	769
III. Nicht abzugsfähige Betriebsausgaben	769

Inhaltsverzeichnis

IV. Fallgruppen der Erträge	769
1. Erträge aus Zweckbetrieben und Vermögensverwaltung	769
2. Erträge aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb	770
§ 9 Abziehbare Aufwendungen	770
I. Allgemeines	772
II. Zuwendungen	772
III. Empfänger	772
IV. Abgrenzungsfragen	773
V. Höchstbeträge	773
VI. Nachweis	773
VII. Haftung	774
§ 10 Nichtabziehbare Aufwendungen	774
I. Allgemeines	774
II. Regelungszweck	775
III. Definition „Zweck“	775
IV. Abgrenzung Spende – Betriebsausgaben	775
V. Steuerliche Behandlung beim Empfänger	776
§ 13 Beginn und Erlöschen einer Steuerbefreiung	776
I. Allgemeines	777
II. Buchwertansatz	777
III. Steuerauswirkung	777
IV. Beginn der Begünstigung	778
V. Wegfall der Begünstigung	778
§ 24 Freibetrag für bestimmte Körperschaften	778
I. Allgemeines	778
II. Anwendungsbereich	779
III. Höhe	779
Anhang: Körperschaftsteuerrechtliche Sonderfragen	780
Gewerbesteuerergänzungsgesetz (GewStG)	781
§ 3 Befreiungen	781
I. Allgemeines (§ 3 Nr. 6 GewStG)	781
II. Voraussetzungen (§ 3 Nr. 6 GewStG)	781
III. Allgemeines (§ 3 Nr. 20 GewStG)	782
IV. Voraussetzungen (§ 3 Nr. 20 GewStG)	782
V. Befreiungsvorschriften	783
§ 9 Kürzungen	783
I. Allgemeines	785
II. Inhalt	786
Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG)	787
§ 1 Steuerpflichtige Vorgänge	787
I. Allgemeines	789
II. Charakter der Ersatzerbschaftsteuer	789
III. Begriffsbestimmungen	789
1. Familienstiftung	790
2. Familienverein	790
3. Unselbstständige Stiftungen	791
4. Ausländische Stiftung	791
5. Sonderformen	791
IV. Rechtsfolgen	792
§ 2 Persönliche Steuerpflicht	793
I. Allgemeines	794
II. Begriffsbestimmungen	795
1. Geschäftsleitung	795
2. Sitz	795
III. Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht	795

IV. Europarechtliche Aspekte	796
§ 3 Erwerb von Todes wegen	796
I. Errichtung einer Stiftung von Todes wegen	797
II. Vermögensübergang	799
III. Ausländische Vermögensmasse	799
§ 7 Schenkungen unter Lebenden	799
I. Grundtatbestand	801
II. Errichtung einer Stiftung unter Lebenden	803
1. § 7 Abs. 1 Nr. 2	803
2. § 7 Abs. 1 Nr. 8	803
III. Aufhebung einer Stiftung oder Auflösung eines Vereins	804
1. Aufhebung einer Stiftung	804
2. Auflösung eines Vereins	805
3. Erwerb durch Zwischenberechtigte	805
4. Umwandlung eines rechtsfähigen Familienvereins in eine Kapitalgesellschaft	806
§ 8 Zweckzuwendungen	806
I. Begriff	806
II. Zweckzuwendung und Stiftung	807
§ 9 Entstehung der Steuer	807
I. Normzweck und Stichtagsfunktion	808
II. Einzelatbestände	809
1. Stiftung	809
2. Trust	809
3. Zweckzuwendung	809
III. Familienstiftung	810
§ 10 Steuerpflichtiger Erwerb	810
I. Grundsätzliches	811
II. Steuerpflichtiger Erwerb bei Zweckzuwendung	812
1. Voraussetzungen	812
2. Rechtsfolge	812
III. Rundung	812
IV. Ersatztatbestand	813
V. Ausnahme der Abzugsfähigkeit	813
§ 13 Steuerbefreiungen	813
I. Befreite Einrichtungen nach § 13 Abs. 1 Nr. 16	814
1. Inländische Religionsgemeinschaften und jüdische Kultusgemeinden	814
2. Gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Institutionen	815
3. Ausländische Kirchen und gemeinnützige Körperschaften	816
II. Zweckgerichtete Zuwendungen nach § 13 Abs. 1 Nr. 17	816
§ 13a Steuerbefreiung für Betriebsvermögen, Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und Anteile an Kapitalgesellschaften	817
§ 13b Begünstigtes Vermögen	822
§ 13c Verschonungsabschlag bei Großerwerben von begünstigtem Vermögen	828
I. Allgemeines	829
II. Betriebsvermögensverschonung für Übertragungen auf Stiftungen	830
§ 15 Steuerklassen	830
I. Erwerber in Steuerklasse III	831
II. Inländische Familienstiftung	831
1. Steuerklasse bei Errichtung	831
2. Steuerklasse bei Zustiftungen	832
3. Steuerklasse bei Aufhebung einer Stiftung, eines Vereins und eines Trusts	832
4. Steuerklasse bei Erbschaftsteuer	832
III. Ausländische Stiftungen und Vermögensmassen	833
IV. Schenkungen an Kapitalgesellschaften	833
§ 20 Steuerschuldner	833

Inhaltsverzeichnis

I. Grundsatz	834
II. Sonderfälle	835
1. Zweckzuwendung	835
2. Familienstiftung, Familienverein	835
3. Ausländische Vermögensmasse	835
§ 24 Verrentung der Steuerschuld in den Fällen des § 1 Abs. 1 Nr. 4	835
I. Allgemeines	836
II. Ertragsteuerliche Folgen	836
§ 26 Ermäßigung der Steuer bei Aufhebung einer Familienstiftung oder Auflösung eines Vereins	836
I. Allgemeines	836
II. Berechnung	837
§ 28a Verschonungsbedarfsprüfung	837
I. Allgemeines	839
II. Voraussetzungen des Verschonungsbedürfnisses	840
III. Verfügbares Vermögen	840
IV. Rechtsfolgen	840
V. Anwendbarkeit auf Stiftungen	841
§ 29 Erlöschen der Steuer in besonderen Fällen	841
I. Allgemeines	842
II. Weitergabe an begünstigte Einrichtungen	842
1. Normzweck	842
2. Voraussetzungen	843
Außensteuergesetz	844
§ 15 Steuerpflicht von Stiftern, Bezugsberechtigten und Anfallberechtigten	844
I. Allgemeines	846
II. Vereinbarkeit des § 15 AStG mit EU-Recht – Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission	848
III. Voraussetzungen und Begriffsbestimmung	848
1. Familienstiftung	848
2. Unternehmensstiftung	849
3. Ausländische Zweckvermögen, Vermögensmassen und rechtsfähige oder nichtrechtsfähige Personenvereinigungen	849
4. Escape-Klausel nach § 15 Abs. 6	849
IV. Zwischengesellschaften	850
V. Steueranrechnung – Befreiungsvorschriften	850
VI. Sonstige Rechtsfolgen	851
 F. Rechnungslegung, Publizität, Mitbestimmung, Konzernverbund	
I. Rechnungslegung	854
1. Rechtliche Grundlagen	854
2. Allgemeine Grundlagen	858
3. Arten der Rechnungslegung	859
4. Jahresabschluss, Lagebericht, Anhang	860
5. Offenlegung	861
6. Jahresabschlussprüfung	861
7. Unselbstständige Stiftungen	862
II. Publizität	862
1. Stiftungsrechtliche Publizität	862
2. Registerpublizität	863
3. Grundbuchpublizität	863
4. Beteiligungspublizität	863
III. Mitbestimmung	864
1. Mitbestimmungsarten	864
2. Unternehmensmitbestimmung	864
3. Betriebliche Mitbestimmung	866

Inhaltsverzeichnis

IV. Konzernverbund	867
Stichwortverzeichnis	869


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG